

Verehrter Herr Bürgermeister,
meine verehrten Damen und Herren,

wer in den letzten Wochen und Monaten die Nachrichten in unserem Lande aufmerksam verfolgt hat, glaubt nach dem Regierungswechsel in Düsseldorf und dem halben Wechsel in Berlin so etwas wie Aufbruchstimmung zu verspüren. Die positiven Nachrichten häufen sich:

- der Geschäftsklimaindikator hat den höchsten Stand seit 5 Jahren erreicht
- die Investitionsneigung ist so hoch wie seit 6 Jahren nicht mehr
- die Verbraucher sind in guter Stimmung
- Entspannung auf dem Arbeitsmarkt in Sicht

Das alles sind Meldungen von ein und demselben Tag der vergangenen Woche aus verschiedenen Tageszeitungen. Die Stimmung verbessert sich auf breiter Front und das ist gut so.

Wer in den letzten Wochen und Monaten die Lokalnachrichten in Lüdinghausen aufmerksam verfolgt, muss Veränderungen zur Kenntnis nehmen, die mehr oder weniger allesamt mit der katastrophalen Finanzsituation der Stadt in Zusammenhang stehen:

- Grund- und Gewerbesteuererhöhung, Einführung der Zweitwohnungssteuer, Ausweitung der Vergnügungssteuer
- Einschränkungen beim Schulbusverkehr und beim öffentlichen Personennahverkehr
- Erhöhung der Parkgebühren durch Reduzierung des kostenfreien Parkens
- Umwandlung von Grünland in Bauland um höhere Einnahmen zu erzielen
- Reduzierung der Straßenbeleuchtung
- Ablehnung begründeter Anträge zur Stärkung der Jugendarbeit

Das alles sind Maßnahmen zur Reduzierung des riesigen strukturellen Defizits im Haushalt. Man bekommt den Eindruck, die Stadt macht Ernst mit der Konsolidierung des Haushalts, alle sind mehr oder weniger betroffen – negativ betroffen – von den Sparbemühungen, aber wenn am Ende dieses Weges ein gesunder Haushalt steht, dann ist auch das gut so.

Kommunalpolitisches Selbstverständnis

Das Selbstverständnis der Kommunalpolitik und auch der Politiker selbst wird in einer solchen Phase, wie wir sie jetzt schon seit Jahren erleben auf eine harte Probe gestellt. Unser Ziel ist es, gemäß der durchaus unterschiedlichen Parteiprogrammatik die Lebensbedingungen unserer Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt zu verbessern. Wie gerne würden wir vor die Bürger treten und Erfolge verkünden: hier der Endausbau eines neuen Baugebiets, dort die Neugestaltung der Innenstadt, hier ein Schulausbau, dort eine Bürgerhalle. Nur kostet all das Geld, Geld das nicht mehr da ist. Und noch viel schlimmer, nicht nur das Geld für neue Infrastruktureinrichtungen fehlt, es reicht noch nicht einmal aus, alle vorhandenen Einrichtungen auskömmlich zu finanzieren. Einnahmen brechen weg und seit geraumer Zeit beschäftigen uns in der Politik ganz andere Themen als die Verkündung abgeschlossener Baumaßen und sonstiger Innovationen: Wir müssen den Bürgern Zumutungen erklären, berechtigte Wünsche verweigern und manchmal auch Notwendiges auf die lange Bank schieben.

Vergnügungssteuerpflichtig sind diese unsere Bemühungen nicht.

Aber so unpopulär es im Einzelfall auch sein mag, unsere kommunalpolitische Verpflichtung sehen wir in dieser Situation darin, die Sparbemühungen zu forcieren und dabei dennoch die zukunftsrelevanten Strukturen in der Stadt zu erhalten. Darüber hinaus muss die Haushaltsstruktur verbessert und zukunftsfähig gemacht werden.

Auf dieser Grundlage hat die FDP den Haushaltsentwurf analysiert und das jetzt vorliegende Ergebnis der Ausschussberatungen beurteilt.

Finanzstruktur

Der nach den Beratungen vorgelegte Haushalt weist ein strukturelles Defizit von gut 4 Millionen Euro auf, das sind mehr als 10% des Verwaltungshaushalts. Damit steht er seinem Vorgänger aus dem Jahre 2005 um nichts nach, im Gegenteil. Der Vermögenshaushalt weist eine weiterhin geringe Investitionsquote auf, seine Einnahmen, insbesondere die

veranschlagten Erlöse aus Grundstücksverkäufen, müssen dazu herhalten, das Defizit im Verwaltungshaushalt zu decken. Diese Vorgehensweise ist ja seit vielen Jahren gängige Praxis in vielen Kommunen: der Haushaltsausgleich gelingt nur noch durch die Defizitfinanzierung aus dem Verkauf von Baugrundstücken, die die Stadt zuvor günstig erworben hat. Insofern hört sich diese Beschreibung der finanziellen Situation unserer Stadt gar nicht so ungewöhnlich an.

Ich will mich hier weniger mit einzelnen Etatansätzen beschäftigen, das wurde bereits in den Fachausschüssen gemacht. Die entscheidende Frage ist, wie tragfähig ist diese Konstellation aktuell und in der Zukunft. Oder anders ausgedrückt, wie realistisch ist der angestrebte Erlös von gut 4,5 Millionen € in diesem Jahr und werden für die Folgejahre genügend Grundstücke zur Vermarktung anstehen, um diese Finanzierungsstruktur aufrechterhalten zu können.

Nach Einschätzung der FDP-Fraktion müssen für beide Fragen erhebliche Zweifel angemeldet werden, ob das so erreicht werden kann. Berücksichtigt man nämlich zusätzlich, dass im nächsten Haushaltsjahr auch das Defizit aus 2005 in Höhe von 3 Mio. € verarbeitet werden muss, dann bietet der vorgelegte Haushalt keine finanzpolitische Perspektive.

Bemühungen zur Verbesserung der Haushaltsstruktur

Der Verwaltung muss attestiert werden, dass sie bei den freien Budgets äußerst sparsam wirtschaftet und Möglichkeiten der Einnahmeverbesserung weitgehend ausgelotet und realisiert hat. Mit Ausnahme der Grund- und Gewerbesteuererhöhungen und der Einführung der Zweitwohnungssteuer hat die FDP auch alle Maßnahmen mitgetragen, so unpopulär sie auch sind. Die Steuererhöhungen zum jetzigen Zeitpunkt haben wir abgelehnt, da sie nach unserer Überzeugung – wenn überhaupt – nur dann eingesetzt werden können, wenn alle Einsparmöglichkeiten ausgeschöpft sind und sie zur dauerhaften Haushaltskonsolidierung herangezogen werden müssen. Mit den beschlossenen Steuererhöhungen wird aber eben dieses nicht erreicht.

Zwar wurden von unserer Seite im Rahmen der Haushaltsberatungen noch weitere Einsparungen angeregt und Einnahmeverbesserungen, etwa durch Bewirtschaftung eines Teils der Dauerparkplätze in unmittelbarer Innenstadt Nähe, vorgeschlagen, wir müssen allerdings feststellen, dass auch diese Maßnahmen nicht ausreichen, um das riesige Haushaltsloch zuzuschütten. Wir können es drehen und wenden wie wir wollen, diese Haushaltsstruktur ist nicht zukunftsfähig.

Perspektiven der Finanzpolitik

Auf der Einnahmeseite kann man nur hoffen, dass die auch am Landesdurchschnitt gemessene stark unterdurchschnittliche Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen in Lüdinghausen sich in den nächsten Jahren normalisiert und deutlich höhere Einnahmen zustande kommen. Hier halten wir Verbesserungen im Millionenbereich für durchaus realistisch, wenn man unterstellt, dass die Hauptgewerbesteuerzahler ihre temporären Probleme in den Griff bekommen und die anfangs dargestellte Verbesserung der Lage der Gesamtwirtschaft auch auf Lüdinghausen durchschlägt. Noch besser freilich wäre die Abschaffung dieser unkalkulierbaren Einnahmequelle Gewerbesteuer und ein adäquater Ersatz im Rahmen einer Gemeindefinanzreform, die den Namen auch verdient. Auf jeden Fall sind in diesem Bereich die Einflussmöglichkeiten der Stadt sehr gering, wie die Vergangenheit zeigt.

Aber auch auf der Ausgabenseite sind große Ausgabenblöcke wie die Sozialausgaben und die Kreisumlage dem Entscheidungsspielraum der Stadt weitgehend entzogen. Gerade im Hinblick auf die Kreisumlage, die zum Teil dann an den Landschaftsverband fließt, fordern wir deutlich stärkere Bemühungen des Kreises und des Landschaftsverbandes, sein Ausgabeverhalten den Möglichkeiten seiner Finanziere anzupassen und, wie wir es auch machen, alle Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen und zwar sowohl die Sach- als auch die Personalausgaben. Man hat den Eindruck, dass je weiter eine Behörde vom Steuerzahler entfernt ist, die Hemmungen umso geringer ausfallen, das Geld mit vollen Händen auszugeben. Die Finanzpolitik der verschiedenen Verwaltungsebenen muss symmetrisch sein, oder die Solidarität zerbricht. Je weniger dort die Bereitschaft zum

verantwortungsbewussten Handeln erkennbar ist, umso mehr drängt sich die Frage nach der Existenzberechtigung dieser Mittelinstanzen auf.

Ein knappes Drittel unseres Haushalts wird an den Kreis transferiert und die geringfügige Senkung der Kreisumlage in den letzten Wochen hat die Problematik nur unwesentlich verbessert. Die übrigen zwei Drittel des Haushalts sind zu einem großen Teil durch gesetzliche Verpflichtungen gebunden.

Zustimmung und Erwartung

In dieser Situation stellt sich die Frage, ob wir überhaupt noch etwas verändern können und ob der Weg ins Haushaltssicherungskonzept nicht zwangsläufig ist. Wir drehen uns seit Jahren im Kreis, das Kürzen einzelner Haushaltsansätze reicht zur Sanierung nicht aus. Die FDP-Fraktion hat sich sehr ernsthaft und auch kontrovers mit der Frage auseinandergesetzt, ob sie unter den soeben beschriebenen Bedingungen dem Haushalt zustimmen kann. Obwohl es auch viele nachvollziehbare Gründe für eine Ablehnung gibt, haben wir uns letztlich dazu entschieden, dem Zahlenwerk zuzustimmen. Ausschlaggebend war, dass es zu der restriktiven Haushaltsführung keine Alternative gibt. Wir befinden uns in einer absoluten Notlage und wir wollen mit unserer Zustimmung signalisieren, dass auch wir schmerzhaft Kürzungen für notwendig erachten. Zudem hat sich die Verwaltung etwa bei der Reduzierung der Personalkosten, wenn auch zaghaft, so doch erkennbar auf eine alte Forderung der FDP eingelassen.

Bitte interpretieren Sie unser „Ja“ nicht als Aufforderung zum „Weiter so!“. Es ist nicht mehr 5 vor 12, wir wissen nicht, ob der Zeiger überhaupt noch vor 12 steht.

Die Haushaltsstruktur kann so nicht beibehalten werden. Wir verknüpfen mit unserer Zustimmung zu diesem „Haushalt auf tönernen Füßen“ die klare Erwartung: Politik und Verwaltung müssen sich umgehend an einen Tisch setzen, um ein mittelfristiges Einspar- und Konsolidierungskonzept zu erarbeiten. Dabei wird man wohl noch einmal Geld in die Hand nehmen müssen, um sich von einem externen Beratungsunternehmen mit Sanierungserfahrung auf die Finger schauen zu lassen. Das stellt kein Misstrauen gegenüber der Verwaltung dar, schließlich lassen wir uns auch in anderen Planungsbereichen extern beraten, die weit weniger fundamental für das Funktionieren unseres Gemeinwesens sind. Wir sehen in einem solch konzertierten Vorgehen die vielleicht letzte Chance für viele Jahre, die kommunale Handlungsfähigkeit zu erhalten und den Weg in ein Haushaltssicherungskonzept zu vermeiden. Auf diesem Weg bedarf es schonungsloser Offenheit und absoluter Ehrlichkeit. Ich möchte nochmals betonen, wie wichtig uns dieses Anliegen ist.

Schlusswort

Sieht man von den Finanzen ab, hat Lüdinghausen in den vergangenen Jahren eine gute Entwicklung genommen. Hier tut sich etwas, es gab und gibt gewichtige Gewerbeansiedlungen, neue Baugebiete wurden erschlossen und wir konnten viele Neubürger begrüßen, die Innenstadt hat sich vergleichsweise erfreulich weiterentwickelt, eine Reihe gut besuchter Veranstaltungen sorgt verteilt über das ganze Jahr für ein geschäftiges Treiben, wir haben ein ausgeprägtes gesellschaftliches, soziales und kulturelles Leben, welches ohne das ehrenamtliche Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger nicht möglich wäre. Die Verwaltung hat das Ihre dazu beigetragen, dass wir alle in einem funktionierenden Gemeinwesen leben und uns wohlfühlen können. All denen, die sich am Arbeitsplatz oder im Ehrenamt für Lüdinghausen einsetzen, gilt unser Dank.

Damit diese doch insgesamt positive Entwicklung nicht durch die finanzpolitische Krise dauerhaften Schaden nimmt, bedarf es spätestens jetzt einer Kraftanstrengung, die Dinge ins Lot zu bringen. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass sich die verbesserte Stimmung im Land auch in den Finanzen unserer Stadt widerspiegelt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.